GSP.D-01-046

Kapitel 5: Demokratie stärken

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in:	BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	05.10.2020

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 46 bis 52:

~~(235) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt entscheiden zu können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Transparenzgesetze beugen Korruption vor und sorgen für mehr Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle. Digitale Plattformen, die nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, unabhängiger Journalismus in freien Medien, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide Medienbildung von Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Fake News.~~

(235) Damit eine Demokratie funktioniert, müssen Demokrat*innen über alle Informationen verfügen, die sie brauchen, um sich demokratisch zu engagieren und souverän und selbstbestimmt entscheiden zu können. Eine Vielfalt an transparenten, unabhängigen Quellen, professioneller Journalismus, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk, gelebte Meinungs- und Pressefreiheit, die Wahrung der Persönlichkeitsrechte gegen Verleumdung und üble Nachrede sowie solide Medienbildung von Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Falschinformationen. Transparenzgesetze stellen sicher, dass staatliches Handeln für alle Menschen transparent und nachvollziehbar ist und verbessern die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle.

Begründung

Klarstellung des Zusammenhanges zwischen Information und Demokratie. Demokratisches Engagement kann auch ohne Information stattfinden, daher Streichung des "engagieren".

Transparenzgesetze per se beugen keine Korruption vor, die in ihnen enthaltenen Informationsfreiheitsrechte können aber genutzt werden, um herauszufinden, ob und inwiefern Korruption vorliegt. In Bezug auf Medien hat Reporter ohne Grenzen u.a. Informationsfreiheitsgesetze genutzt, um Besitzverhältnisse dominanter Medienhäuser und Verbindungen zu Regierungsmitgliedern offen zu legen.

Die implizite Dichotomie zwischen "kommerziellen" und "freien" Medien wurde aufgelöst und der Terminus "Fake News" ersetzt mit "Falschinformation", weil "Fake News" als politischer Kampfbegriff gegen solide Berichterstattung geprägt wurde und in diesem Zusammenhang erstens unangemessen und zweitens zu zeitbezogen für ein Grundsatzprogramm erscheint.